

# Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

## Allgemeines

### Generalversammlung:

#### 62. Tagung 2007/2008

- Abschaffung der Todesstrafe gefordert
- Überprüfung der Mandate eingestellt
- Zwischenstaatliche Verhandlungen über Sicherheitsratsreform vereinbart

Anja Papenfuß

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Anja Papenfuß über die 61. Generalversammlung 2006/2007, VN, 2/2008, S. 79ff., fort.)

Die 62. Ordentliche Tagung der **Generalversammlung** der Vereinten Nationen wurde am 18. September 2007 vom Präsidenten der Generalversammlung Srgjan Kerim aus Mazedonien am Amtssitz in New York eröffnet und endete am 15. September 2008. In seiner Abschlussrede zog Kerim aus den Erfahrungen der hinter ihm liegenden zwölf Monate den Schluss: »Wenn es eine Lehre gibt, die wir aus der 62. Tagung ziehen können, dann die, dass wir mehr effektiven Multilateralismus brauchen, mehr UN und nicht weniger UN.« Er bezog sich damit auf die gestiegenen Nahrungsmittel- und Energiepreise Anfang 2008, die eine Krise ausgelöst hatten, und auf die wenige Monate später eintretende, immer noch andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese Entwicklung gefährde die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, wie es die während der Tagung diskutierte Halbzeitbilanz bereits gezeigt habe.

Abgesehen von der Rede von Papst Benedikt XVI. am 18. April 2008 vor der Generalversammlung, hatte die 62. Tagung wenige Höhepunkte zu verzeichnen. Zu den wichtigen Beschlüssen zählen die Resolution über ein Moratorium für die Anwendung der Todesstrafe und der Beschluss, im Frühjahr 2009 in direkte zwischenstaatliche Verhandlungen über die Reform des Sicherheitsrats einzusteigen. Der Hauptteil der 62. Tagung mit 79 Sitzungen endete am 22. Dezember 2007.

Der zweite Teil mit weiteren 43 Sitzungen begann Anfang März. Obwohl die Tagesordnung länger als im Vorjahr war, wurden weniger Resolutionen und Beschlüsse verabschiedet. Unter 167 Tagungsordnungspunkten mit zum Teil bis zu 20 Unterpunkten wurden insgesamt 278 Resolutionen und 81 Beschlüsse verabschiedet – 18 Resolutionen und 14 Beschlüsse weniger als im Vorjahr. Taiwan scheiterte zum 15. Mal in Folge damit, die Frage seiner UN-Mitgliedschaft auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Den Delegierten lagen insgesamt 957 Dokumente vor. Sieben Staaten waren im Zahlungsrückstand und hatten damit nach Art. 19 der UN-Charta eigentlich ihr Stimmrecht verloren. Es wurde ihnen dennoch eingeräumt, weil die Gründe für die Rückstände nicht von ihnen zu vertreten waren.

### Generaldebatte

Die Generaldebatte bildet immer den Auftakt der Generalversammlung. In diesen knapp zwei Wochen haben die Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister aller 192 Mitgliedstaaten die Gelegenheit, in jeweils 15 Minuten, ihre Haltung zu internationalen Fragen kundzutun. Die Debatte war dieses Mal dem Thema »Dem Klimawandel begegnen« gewidmet und zwei Tage kürzer als üblich (sieben statt neun Arbeitstage). Sie begann wie üblich an einem Dienstag (25. September) und endete am 3. Oktober. An den freigebliebenen zwei Tagen, 4. und 5. Oktober, fand ein Dialog auf hoher Ebene über interreligiöse und interkulturelle Verständigung und Zusammenarbeit im Dienste des Friedens statt. Am 9. Oktober nahm die Versammlung den Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Organisation zur Kenntnis (Kommentar: Friederike Bauer, VN, 6/2007, S. 241).

Die Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister waren bereits am 24. September angereist, einen Tag vor Eröffnung der Generaldebatte. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hatte zu einem Treffen auf hoher Ebene zum Thema Klimawandel eingeladen. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel warb sowohl bei dieser Veranstaltung als auch in

ihrer Rede am nächsten Tag während der Generaldebatte eindringlich für mehr Engagement im Klimaschutz und für ein weitreichendes Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 unter dem Dach der UN. Sie bekräftigte Deutschlands Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat. (Rede: VN, 5/2007, S. 215ff.). In seiner ersten Rede in einer Generaldebatte erläuterte Ban Ki-moon seine Vorstellungen von einer gestärkten Weltorganisation. Die Stärkung sieht er vor allem in einem Sekretariat, das effizienter und verantwortlicher sowie zugleich schneller, flexibler und mobiler arbeitet. Er stellte die These auf, der Multilateralismus sei zurückgekehrt. Die UN seien das Forum, auf dem die Herausforderungen von morgen am besten angegangen werden könnten; sie seien sogar das einzige Forum, das dazu in der Lage sei.

Der amerikanische Präsident George W. Bush nahm als Vertreter des Gastlands das 60-jährige Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Anlass, um unter Bezugnahme auf Art. 1 der Erklärung zum Kampf gegen Terrorismus und Extremismus aufzurufen, insbesondere in Belarus, Iran, Kuba, Myanmar, Nordkorea, Syrien, Simbabwe und Sudan. In Bezug auf Sudan forderte er die Mitgliedstaaten auf, ihr Versprechen zu halten, schnell Friedenstruppen nach Darfur zu schicken. Als mögliche neue ständige Mitglieder im Sicherheitsrat nannte er lediglich Japan als geeignet, andere Länder könnten in Betracht gezogen werden.

### Arbeitsweise

In Bezug auf die Reform der Arbeitsweise der Generalversammlung konnten im Berichtszeitraum – wie im Jahr zuvor – keine Fortschritte erzielt werden. Gegen Ende der Tagungsperiode beschloss das Staatenvertretergremium, auf seiner nächsten Tagung »eine allen Mitgliedstaaten offenstehende *Ad-hoc*-Arbeitsgruppe für die Neubelebung der Generalversammlung einzusetzen, mit dem Auftrag, weitere Möglichkeiten für eine Stärkung der Rolle, der Autorität, der Wirksamkeit und der Effizienz der Versammlung aufzuzeigen.«

## Reform

In kleinen Schritten geht es bei der Umsetzung von Reformen in den Bereichen Entwicklung, Frauen und Umwelt voran. In Bezug auf den Bereich Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen, hatte die Generalversammlung ein von der Stellvertretenden Generalsekretärin am 23. Juli 2008 erarbeitetes Papier zur Stärkung der Tätigkeit der Vereinten Nationen auf diesen beiden Gebieten vorliegen. Der Generalsekretär wird gebeten, auf dieser Grundlage für die 63. Tagung ein weiteres, ausführliches Papier vorzulegen. Darin sollen die Modalitäten für die dargelegten Optionen, insbesondere die Option eines ›Verbundorgans‹ (composite entity), aufgeführt werden (A/RES/62/277).

Die vom Weltgipfel 2005 geforderte Überprüfung der Mandate der Organisation ist nach drei Jahren Arbeit abgeschlossen eingestellt worden. Bei dem Versuch, die rund 9000 Mandate daraufhin zu überprüfen, ob sie beibehalten, abgeschafft oder angepasst werden müssen, sei die Schwierigkeit aufgetaucht, die mit einem bestimmten Mandat verbundenen Ressourcen zu ermitteln, weshalb die Überprüfung ihren Zweck nicht erfüllen könne. Das Online-Mandatsverzeichnis wird als nützlich angesehen und soll weitergeführt werden. Im Übrigen werden alle UN-Organen aufgefordert, die Durchführung ihrer Mandate zu verbessern (A/RES/62/278).

Am vorletzten Tag der 62. Tagung einigte sich die Generalversammlung, nach dramatischem Sitzungsverlauf, auf die Aufnahme zwischenstaatlicher Verhandlungen in informellen Plenarsitzungen zum Thema Reform des Sicherheitsrats bis spätestens 29. Februar 2009. Die Arbeitsgruppe zur Reform des Sicherheitsrats soll vor Ende der 63. Tagung einen Bericht mit etwaigen einvernehmlichen Empfehlungen vorlegen (A/DEC/62/557).

## Abrüstung

Im Bereich Abrüstung wurden insgesamt 48 Resolutionen und fünf Beschlüsse verabschiedet. Darin wurden überwiegend die seit Jahren erhobenen Forderungen bekräftigt. Darunter befand sich die dringende Aufforderung an alle Staaten, das Umfassende Teststoppabkommen zu ratifizieren, damit es in Kraft treten kann. Ebenso dringend gefordert wurde, wirkungsvolle internationale Vereinbarungen zu

schaffen, die Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen absichert. Nicht zuletzt wurden alle Staaten, die diesen Schritt noch nicht getan haben, aufgefordert, dem Nichtverbreitungsvertrag beizutreten, namentlich Indien, Israel und Pakistan. Als einzige neue Resolution wurde ein Text verabschiedet, der praktische Schritte zur Herabsetzung der Einsatzbereitschaft der Kernwaffensysteme fordert (A/RES/62/36). Ziel solle sein, bei allen Kernwaffen den hohen Bereitschaftsgrad aufzuheben, um das Risiko eines unbeabsichtigten oder zufälligen Einsatzes zu verhindern. Weitere Resolutionen befassten sich wie üblich mit Fragen der nuklearen Abrüstung, der Verhütung des Wettrüstens im Weltraum und kernwaffenfreien Zonen.

## Haushalt

Buchstäblich in letzter Minute konnte sich die Generalversammlung nach langen schwierigen Debatten am letzten Sitzungstag des Jahres 2007 auf den ordentlichen Zweijahreshaushalt 2008/2009 einigen. Die USA stimmten als einziges Mitgliedsland dagegen. Die Staatenvertreter billigten ein Budget von 4,171 Milliarden US-Dollar (A/RES/62/237 A–C). Es lag damit um rund 340 Millionen US-Dollar höher als das Budget für den vergangenen Zweijahreszeitraum (Ausführlich dazu: Thomas Thomma, VN, 3/2008, S. 130f.). Für den Jahreszeitraum 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009 wurde für 15 Friedenseinsätze ein Budget von insgesamt sieben Milliarden US-Dollar in einzelnen Resolutionen bewilligt (GA/10724 v. 20.6.2008) – und damit erneut ein Rekord aufgestellt. Für die Sanierung des Amtssitzes in New York (Capital Master Plan) genehmigte das Gremium für den Zweijahreszeitraum 2008/2009 den Betrag von 992,8 Millionen US-Dollar.

## Übereinkommen, Vereinbarungen und Strategien

Die Generalversammlung empfahl den Mitgliedstaaten 19 Artikel über den diplomatischen Schutz, die von der Völkerrechtskommission ausgearbeitet worden waren, zur Beachtung und bat um Stellungnahmen. Die Frage, ob aus den Artikeln ein Übereinkommen wird, soll bis zur 65. Tagung im 6. Hauptausschuss (Rechtsfragen) entschieden werden (A/RES/62/67,

Anlage). Gleiches gilt für die ebenfalls 19 Artikel zur Verhütung grenzüberschreitender Schäden durch gefährliche Tätigkeiten. Auch sie sollen bis zur 65. Tagung von den Mitgliedstaaten dahingehend überprüft werden, ob sie in ein Übereinkommen überführt werden können (A/RES/62/68, Anlage).

Zum Schutz der Wälder einigte sich die Generalversammlung auf eine ›Nicht rechtsverbindliche Absprache über alle Arten von Wäldern‹. Darin werden die Mitglieder der Leitungsgremien der Mitgliedorganisationen der Waldpartnerschaft eingeladen, die Durchführung der Absprache zu unterstützen. Das Waldforum der Vereinten Nationen soll zu diesem Zweck der Waldpartnerschaft Orientierungshilfen geben. Außerdem sollen freiwillige finanzielle Beiträge an den Treuhandfonds für das Waldforum der Vereinten Nationen entrichtet werden (A/RES/62/98, Anlage).

Aufgrund der zahlreichen gemeldeten Fälle von sexueller Ausbeutung durch UN-Bedienstete in den letzten Jahren hat die Generalversammlung die ›Umfassende Strategie der Vereinten Nationen für Hilfe und Unterstützung für Opfer sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauchs durch Bedienstete der Vereinten Nationen und zugehöriges Personal‹ verabschiedet (A/RES/62/214, Anlage). Zur Durchführung der Strategie soll eine Koordinierungsstelle innerhalb der UN eingerichtet werden.

## Sozialfragen und Menschenrechte

Ein großer Erfolg ist, dass es der Generalversammlung nach zweitägiger heftiger Debatte gelungen war, eine Resolution über ein Moratorium für die Anwendung der Todesstrafe durchzubringen. In Resolution 62/149 werden alle Staaten, die noch an der Todesstrafe festhalten, aufgefordert, ein Moratorium für Hinrichtungen in Kraft zu setzen, mit dem Ziel, die Todesstrafe abzuschaffen. Die Abstimmung ging mit 104 Stimmen, 54 Gegenstimmen und 29 Enthaltungen zugunsten des Moratoriums aus. Eingebbracht hatte die Resolution die Europäische Union, unter Federführung Italiens, und 60 weitere Staaten. Sie kann auch deshalb als Erfolg für den Schutz der Menschenrechte angesehen werden, weil entsprechende Initiativen in der Vergangenheit bereits zweimal gescheitert waren.

Die Generalversammlung verabschiedete des Weiteren drei Resolutionen zum Thema Gewalt gegen Frauen: eine allgemeine zur Beseitigung aller Formen der Gewalt gegen Frauen (A/RES/62/133), eine zur Gewalt gegen Wanderarbeitnehmerinnen (A/RES/62/132) und eine zu Vergewaltigung und andere Arten sexueller Gewalt insbesondere in Konfliktsituationen (A/RES/62/134). Es wurden vier Resolutionen zur Menschenrechtssituation in einzelnen Ländern verabschiedet. Wie schon im Vorjahr behielt die Generalversammlung die Resolutionen zu Belarus, Iran, Myanmar und Nordkorea bei. Es kamen keine neuen hinzu.

### Verwaltung

In der Anlage zu Resolution 62/236 wurde der Stellenplan für das Sekretariat für den Zeitraum 2008–2009 verabschiedet. Demnach wurden 9929 Stellen bewilligt, darunter 29 Untergeneralsekretärsstellen sowie 25 Posten als Beigeordnete Generalsekretäre. Im gesamten höheren Dienst und auf den oberen Führungsebenen arbeiten damit nun insgesamt 4337 Personen. Die Zahl stieg im Vergleich zu 2006–2007 um 292 Stellen. Der Zuwachs erklärt sich aus der Reform der Hauptabteilung Friedenseinsätze, in deren Rahmen die neuen Stellen bewilligt worden waren (siehe A/RES/61/279).

### Internationale Jahre und Tage

Die Generalversammlung verabschiedete im Laufe der 62. Tagung eine Dekade, zwei Internationale Jahre und vier Internationale Tage. Die Dekaden, Jahre und Tage sollen dazu dienen, auf ein bestimmtes Thema aufmerksam zu machen und Maßnahmen rund um dieses Thema zu initiieren. In Resolution 62/205 verkündete die Generalversammlung die Zweite Dekade der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Armut. Sie beginnt im Jahr 2008 und endet 2017. Damit trägt die Generalversammlung dem Umstand Rechnung, dass am Ende der ersten Dekade (1997–2006) zwar Fortschritte bei der Verringerung der Armut erzielt worden waren, diese aber ungleichmäßig waren und die Zahl der Armen in vielen Ländern gestiegen ist. Mit der Dekade soll auch die Erreichung der die Armut betreffenden Millenniums-Entwicklungsziele unterstützt werden.

Aus Anlass des 60. Jahrestags der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschloss die Generalversammlung, das am 10. Dezember 2008 beginnende Jahr zum Internationalen Jahr des Menschenrechtslernens zu erklären (A/RES/62/171). Zum Ende des Jahres soll auf der 64. Tagung eine Sondersitzung einberufen werden, um die unternommenen Aktivitäten der Mitgliedstaaten, UN-Organisationen und sonstigen Organisationen zu evaluieren. Das Jahr 2009 wurde zum Internationalen Jahr der Astronomie erklärt und der UNESCO die Federführung für das Jahr übertragen (A/RES/62/200).

Zum Internationalen Tag der Demokratie wurde der 15. September erklärt. Anlass ist der 20. Jahrestag der ersten Internationalen Konferenz der neuen oder wiederhergestellten Demokratien im Jahr 2008 (A/RES/62/7). Ab der 63. Tagung soll jedes Jahr der 20. Februar als Welttag der sozialen Gerechtigkeit begangen werden (A/RES/62/10). Der 25. März wird ab dem Jahr 2008 zusätzlich zu dem Gedenktag der UNESCO jedes Jahres als Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer der Sklaverei und des transatlantischen Sklavenhandels begangen werden. Zum Welttag der Aufklärung über Autismus wurde ab 2008 der 2. April erklärt (A/RES/62/139).

### Wahlen und Ernennungen

Die wichtigste Wahl der 62. Tagung fand im Juni 2008 statt: der Posten des Präsidenten der Generalversammlung. Er wird traditionell drei Monate vor Amtsantritt für ein Jahr gewählt. Das Vorschlagsrecht für Kandidaten rotiert zwischen den Regionalgruppen; im Jahr 2008 lag es bei der Gruppe der lateinamerikanischen und karibischen Staaten. Für den Vorsitz der 63. Generalversammlung wurde am 4. Juni 2008 per Akklamation der 75-jährige Nicaraguaner Miguel d'Escoto Brockmann gewählt. Des Weiteren wurde, wie jedes Jahr, die Hälfte der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats für eine zweijährige Amtszeit neu gewählt. Die neuen nichtständigen Mitglieder vom 1. Januar 2008 bis 1. Januar 2010 sind Burkina Faso, Costa Rica, Kroatien, Libyen und Vietnam. Der Deutsche Achim Kassow wurde für eine am 31. Dezember 2010 endende dreijährige Amtszeit zum Mitglied des Anlageausschusses ernannt. Dieser aus

neun Mitgliedern bestehende Ausschuss soll den Generalsekretär bei Investitionen aus Mitteln des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen beraten.

Sechs neuen Organisationen wurde der Beobachterstatus in der Generalversammlung gewährt, darunter die Eurasische Entwicklungsbank, die Konferenz über Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien und der Kooperationsrat der Arabischen Golf-Staaten. Damit stieg die Zahl der Organisationen mit Beobachterstatus bei der Generalversammlung auf 71. Zu den Organisationen, mit denen die Generalversammlung eine Kooperation einget, zählte dieses Mal nur die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (A/RES/62/79).

### Verschiedenes

In Resolution 62/244 dankt die Generalversammlung Russland, das sich bereit erklärt hat, Gastgeber für eine für das Jahr 2009 geplante Weltkonferenz auf hoher Ebene (Ministerebene) über Straßenverkehrssicherheit zu sein. Am 13. Dezember 2007 verabschiedete die Generalversammlung auf einer Gedenk-Plenartagung auf hoher Ebene eine Erklärung zur Weiterverfolgung der Ergebnisse der Sonderartagung über Kinder. Darin verpflichteten sich die Staaten, die Welt für junge Menschen sicherer zu machen, indem sie mehr Mittel und sektorübergreifende Maßnahmen bereitstellen, verstärkt international zusammenarbeiten und zielgerichtete Partnerschaften mit den Medien und dem Privatsektor eingehen. Die Generalversammlung verabschiedete eine Ergänzung zum Weltaktionsprogramm für die Jugend bis zum Jahr 2000 und danach (A/RES/62/126, Anlage). Samoa zählt mit Resolution 62/97 nicht mehr zu den am wenigsten entwickelten Ländern. Auf Initiative der Karibischen Gemeinschaft soll in den Räumlichkeiten der Vereinten Nationen ein ständiges Mahnmal als Zeichen der Anerkennung der Tragödie und der anhaltenden Folgen des transatlantischen Sklavenhandels eingerichtet werden. Bezahlt werden soll das Mahnmal aus einem Treuhandfonds (A/RES/62/122).

Resolutionen und Beschlüsse der 62. Tagung der Generalversammlung, Band I: Resolutionen, Band II: Beschlüsse, 18. September bis 22. Dezember 2007, Band III: Beschlüsse und Resolutionen, 13. Dezember 2007 bis 15. September 2008, Generalversammlung, Offizielles Protokoll, 62. Tagung, Beilage 49 (A/62/49).